

Als bei einer internationalen Konferenz ein Redner auf Kampfeinsätze in Afghanistan zu sprechen kam, nahm ein ranghoher deutscher Verteidigungspolitiker seinen Kopfhörer ab. Alle Anwesenden wussten, dass ihr deutscher Kollege des Englischen nicht mächtig war und dem Vortrag nun nicht mehr würde folgen können. Doch der Betreffende hatte gar nicht die Absicht zuzuhören. Sanftmütig lächelte er in die Runde. Deutschland hatte sich – im wahrsten Sinn des Wortes – ausgeklinkt.

Auf den ersten Blick scheint diese Episode mit der Wirklichkeit deutscher Sicherheitspolitik nichts zu tun zu haben. Schließlich ist Deutschland mit fast 7000 Soldaten an internationalen Einsätzen beteiligt. In der Nato und der EU gehört Deutschland zu den bedeutendsten Truppenstellern. Vom Balkan bis nach Afghanistan, vom Horn von Afrika bis zur libanesischen Küste reicht heute das Operationsgebiet der Bundeswehr. Und sie genießt hohes internationales Ansehen. Eigentlich keine schlechte Bilanz für ein Land, das erst vor eineinhalb Jahrzehnten die Grenze von der reinen Verteidigung zum internationalen Krisenmanagement überschritten hat.

Doch das freundliche Weghören des deutschen Verteidigungspolitikers sagt weit mehr über die derzeitigen Beschränkungen der deutschen Sicherheitspolitik als eindrucksvolle Zahlen deutscher Soldaten am Hindukusch und andernorts. Zwar hat Deutschland mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994 über die Beteiligung an Auslandseinsätzen tatsächlich einen historischen Schritt vollzogen. Doch der Einsatz auf dem Balkan, der die Entwicklung der deutschen Sicherheitspolitik seit Mitte der neunziger Jahre bestimmt hat, ist längst nicht mehr das Modell, an dem es sich zu orientieren gilt. In Afghanistan ist Deutschland inzwischen am zweiten Rubikon angekommen: am Rubikon der Kampfeinsätze mit all ihren Konsequenzen.

Dass man diesen Rubikon aus vielerlei Gründen nicht überschreiten kann oder will, ist verständlich. Doch es geht um mehr. Die Art und Weise nämlich, mit der die Bundesregierung und der Bundestag sich dieser neuen Aufgabe zu entziehen versuchen, offenbart, dass die deutsche Sicherheitspolitik selbst die Entwicklungen der vergangenen fünfzehn Jahre nur unzureichend verinnerlicht hat. Was sich vordergründig als Erfolgsgeschichte eines Landes darstellt, das international auch militärisch Verantwortung übernimmt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zwiespältige Entwicklung. In der Politik, den Streitkräften und der Öffentlichkeit gibt es bis heute keine umfassende Auseinandersetzung mit den Anforderungen, die das Zeitalter globaler Bedrohungen an die deutsche Sicherheitspolitik stellt.

Deutschland beteiligte sich erstmals an internationalen Militäreinsätzen während der jugoslawischen Zerfallskonflikte. Die Befriedung des Balkans war Teil der Konsolidierung der europäischen Nachbarschaft nach dem Ende des Kalten Krieges. Zwar waren nicht alle Aspekte dieses Engagements unumstritten, doch selbst der völkerrechtlich kontroverse Kosovo-Einsatz im Jahr 1999 ließ sich als moralisch gebotene Ausnahme rechtfertigen, zumal er rasch in eine Friedensoperation unter dem Mandat der Vereinten Nationen mündete. Mit einer demonstrativ großen Militärpräsenz wurde den ehemaligen Kriegsparteien auf dem Balkan vor Augen geführt, dass Gewalt keine Option mehr sei. In Bosnien und mehr noch im Kosovo wurden deutsche Soldaten von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. Ernsthaften militärischen Widerstand gegen die internationale Präsenz gab es nicht. Die wenigen Toten und Verwundeten, die es zu beklagen gab, waren zumeist Opfer von Unfällen. Ähnlich verhielt es sich mit den anderen deutschen Militäreinsätzen. Sie waren entweder nur kurz (Kongo) oder weitgehend ungefährlich (Libanon). Und sie suggerierten, dass nicht nur die deutschen Sicherheitspolitiker seit Mitte der neunziger Jahre dazugelernt hatten, sondern auch, dass die Bundeswehr ihre neuen Aufgaben mit Bravour bewältigen konnte. Der Schritt von der reinen Landesverteidigung zur Einsatzarmee war vollzogen – und wie es schien, mit durchaus erträglichen Kosten.

Auf Afghanistan und wahrscheinlich auch andere, künftige Einsätze treffen diese Bedingungen nicht mehr zu. Hier geht es nicht mehr darum, ermattete

Kriegsparteien voneinander zu trennen. Im Zeitalter des weltumspannenden Dschihad-Terrorismus ist der Westen selbst Kriegspartei – auch dann, wenn man sich die amerikanische Rhetorik des „war on terror“ nicht zu eigen macht. Und rechnet man damit, dass Afghanistan nicht der einzige Fall eines „gescheiterten Staates“ bleiben wird, der sich zum „sicheren Hafen“ für islamistische Terrorgruppen entwickelt, dann sind weitere Einsätze – auch Kampfeinsätze – der internationalen Gemeinschaft unvermeidlich.

In diesen asymmetrischen Konflikten eine eindeutige Trennung zwischen „peacekeeping“ und Kampfeinsatz zu fordern ginge an der Realität vorbei. Wer in Afghanistan Schulen baut und das Land

macht“ Deutschland inzwischen verstimmt, aber den militärischen Beitrag Deutschlands zur internationalen Krisenbewältigung sieht man nach wie vor ausschließlich in der Friedenserhaltung. Und dies aus gutem Grund.

Zum einen ist die Konzentration auf die Konfliktachsorge innenpolitisch leichter zu vertreten, da Verletzte und Tote nur in Ausnahmefällen zu beklagen sind. Zum anderen hat die Geschichte der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte die deutsche Politik in ihrer Auffassung bestärkt, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch darum gehe, von Bürgerkriegen zerrüttete Gesellschaften durch umfassendes „nation-building“ wieder zu stabilisieren. „Vernetzte Sicherheit“ ist, durchaus folgerichtig, der Leitbegriff die-

Zu den weltanschaulichen Unterschieden gesellen sich politische Strukturprobleme. So setzt die herausgehobene Rolle, die dem Parlament bei der Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr zukommt, der deutschen Sicherheitspolitik enge Grenzen. Das Prinzip der Parlamentsarmee schränkt nicht nur den Handlungsspielraum der Regierung ein, da jedes Mandat für einen Militäreinsatz ebenso wie jede Veränderung dieses Mandats nur über einen langwierigen Konsensfindungsprozess erreicht werden kann. Der Parlamentsvorbehalt setzt die deutsche Sicherheitspolitik auch einem permanenten Plebiszit aus, das jede wichtige Entscheidung zu einem innenpolitischen Drahtseilakt werden lässt. Das Ergebnis ist eine Politik, die ein breites Spek-

trum von Auffassungen zu überbrücken versucht – und deshalb glaubt, sich keine offensiv geführte Diskussion über deutsche Sicherheitsinteressen leisten zu können.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist offensichtlich: Es gibt in Deutschland nach wie vor keine sicherheitspolitische Debatte, die sich an konkreten Bedrohungen orientiert. In den neunziger Jahren schien sich eine solche Debatte zu erübrigen, weil die damaligen Auslandseinsätze – mit der Ausnahme Kosovo – ungefährlich waren und folglich auch ohne umfassende Begründung durchgeführt werden konnten. Heute ist die Lage grundsätzlich anders. Die Einsätze sind gefährlicher geworden. Verwundung und Tod sind nicht mehr nur das Resultat von Unfällen, sondern von feindlichen Angriffen. Die Notwendigkeit einer konkreten Begründung mit nationalen Sicherheitsinteressen war folglich niemals größer. Gleichwohl wird das deutsche Afghanistan-Engagement bis heute überwiegend mit Argumenten unterlegt, in denen von Gefahren oder Bedrohungen kaum die Rede ist.

Die deutsche Präsenz am Hindukusch erscheint als Ergebnis der Solidarität mit Amerika nach den Terroranschlägen des 11. September; die eindrucksvollen Leistungen Deutschlands beim Bau von Schulen und Staudämmen dienen ausschließlich dem Wohlergehen der gepeinigten afghanischen Bevölkerung. Deutsche Soldaten als Polizisten der „Weltinnenpolitik“? Dass die Sicherheit Deutschlands „auch am Hindukusch verteidigt“ wird (Peter

Struck), spielt in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Es überrascht daher nicht, wenn ein Großteil der Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz nicht in Bezug zur eigenen Sicherheit setzt. Das „Schweigen im Lande von Clausewitz“, das ein kundiger Beobachter schon vor mehr als dreißig Jahren konstatierte, dauert an.

Die Ambivalenz deutscher Sicherheitspolitik spiegelt sich auch in der Bundeswehr wider. Die hohe Zahl deutscher Soldaten in Auslandseinsätzen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklung der Bundeswehr zur „Einsatzarmee“ nicht vollendet ist. Mit dem Beginn der Umgestaltung der Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges begann nämlich zugleich deren dramatische Un-

terfinanzierung, die sich auch mit dem Hinweis auf eine „Friedensdividende“ nicht rechtfertigen ließ. Befürchtungen, die überalterte materielle Ausstattung und die Anforderungen für künftig anders geartete militärische Aufgaben ließen Kürzungen bei Investition und Materialerhaltung nicht zu, wies die politische Führung regelmäßig zurück. Das Ergebnis sind eine Investitionslücke in zweistelliger Milliardenhöhe sowie gravierende Mängel bei der Ausrüstung – auch und gerade für Einsätze wie in Afghanistan.

Die Unterfinanzierung ist aber nicht das einzige Problem der deutschen Streitkräfte. Auch das Selbstverständnis der Truppe entspricht nur bedingt den Anforderungen, die an eine Armee des 21. Jahrhunderts gestellt werden müssen. Eine Bundeswehr, in der jahrzehntelang das Gebot Gustav Heinemanns galt, wonach der Friede der Ernstfall ist, tut sich erkennbar schwer mit dem Gedanken, den Konflikt als Dauerzustand zu begreifen. Noch herrscht die Annahme vor, deutsche Soldaten seien im Ausland prinzipiell willkommen, da ihre Präsenz im Krisengebiet allseits als politisch unparteiisch und militärisch defensiv wahrgenommen würde. Als diese Annahme ins Wanken geriet, wie in Afghanistan, reagierte man nicht etwa mit der systematischen Vorbereitung auf eine andere – „robustere“ – Art von Einsätzen. Der „Ausweg“ bestand vielmehr in der Kultivierung eines Selbstverständnisses, das die Konfliktachsorge als hochwertiger einstufte als

das Gefecht. Wo nicht Kampfkraft, sondern „soziale Kompetenz“ zum Maßstab wird, gibt es keinen Reformbedarf. Im Gegenteil. Die Überzeugung, die Kampfeinsätze mancher Verbündeter im Süden Afghanistans seien ursächlich für die Verschlechterung der allgemeinen Sicherheitslage, lässt keinen Raum für Selbstzweifel.

Die Zwänge der deutschen Sicherheitspolitik, Auslandseinsätze gleichsam bedrohungs- und begründungsfrei durchzuführen, sind strukturell bedingt und lassen sich daher nicht kurzfristig beseitigen. Das breite Spektrum an Meinungen über Sicherheitspolitik bleibt ebenso bestehen wie die chronische Unterfinanzierung der Bundeswehr. Gleichwohl lassen sich einige Schritte definieren, die auf dem Weg zu einer realistischeren deutschen Sicherheitspolitik unvermeidlich geworden sind.

Erstens müssen Auslandseinsätze künftig weitaus sorgfältiger abgewogen werden. Das lässt sich nicht mit Hilfe abstrakter Kriterienkataloge bewerkstelligen, an die sich schon bei der nächsten Krise niemand mehr erinnert, sondern ist ausschließlich eine Frage der politischen Führung. Natürlich spielen bei der Entscheidung über eine deutsche Beteiligung an Kriseneinsätzen auch in Zukunft nicht nur unmittelbare militärische Sicherheitsinteressen eine Rolle. Bündnispolitische Erwägungen, EU-Belege oder die Solidarität mit Israel sind allesamt Gründe, die im Einzelfall ein deutsches Engagement rechtfertigen können. Nur muss ein solches Engagement künftig weitaus stärker Rücksicht nehmen auf das, was die Bundeswehr tatsächlich zu leisten oder nicht zu leisten imstande ist.

Dies führt zur zweiten Folgerung für eine realistische Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr muss den Weg zur Einsatzarmee konsequent weitergehen – mental wie materiell. Das bedeutet zum einen, dass die Streitkräfte nicht der Versuchung erliegen dürfen, aus ihren politischen, finanziellen und operativen Beschränkungen ein Selbstbild abzuleiten, in dem die intellektuelle Wehrpflichtarmee als bessere Alternative zur tumben Berufsarmee idealisiert wird und der bewaffnete Entwicklungshelfer einen höheren Beitrag leistet als der kämpfende Soldat. Es bedeutet zum anderen, dass die Streitkräfte ihre Planung und Beschaffung kompromisslos auf die neue Lage ausrichten müssen, selbst wenn dies Einschnitte bei manchen militärischen Großvorhaben erfordert, die noch aus dem Kalten Krieg stammen.

Vor allem aber braucht die Bundesrepublik eine sicherheitspolitische Debatte, die sich an den Konflikten des 21. Jahrhunderts orientiert. Dies bedeutet nicht nur, dass neue Bedrohungen thematisiert werden können, ohne sofort in den Generalverdacht zu geraten, man suche lediglich einen Vorwand für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben oder die Einführung neuer staatlicher Überwachungsmaßnahmen. Es bedeutet auch, dass man sich von lieb gewonnenen Illusionen verabschiedet. Dazu zählt insbesondere die Hoffnung, deutsche Sicherheitsinteressen ließen sich auch weiterhin nahezu gefahrlos durch die Teilnahme an kollektiver Konfliktachsorge vertreten. Und der Glaube, eine Mittelmacht wie Deutschland könne Bündnis-solidarität auch ohne die Bereitschaft zur militärischen Risikoteilung demonstrieren, dürfte sich schon bald als falsch erweisen.

Bislang ist der Großteil der deutschen Politiker dieser Debatte ausgewichen. Stattdessen versuchen manche, über eine neue Bedrohungshierarchie das Militärische gleichsam aus der Sicherheitspolitik hinauszufinieren. Der Versuch, unter Hinweis auf die globale Erwärmung den Klimaschutz als visionäre Sicherheitspolitik anzupreisen, ist allerdings zu durchsichtig – und zu „typisch deutsch“ –, um sich damit unliebsamen militärischen Fragen entziehen zu können. Würde sich die deutsche Sicherheitspolitik tatsächlich in diese Form des Eskapismus flüchten, wäre sie am Ende – und dies, lange bevor die Polkappen geschmolzen sind.

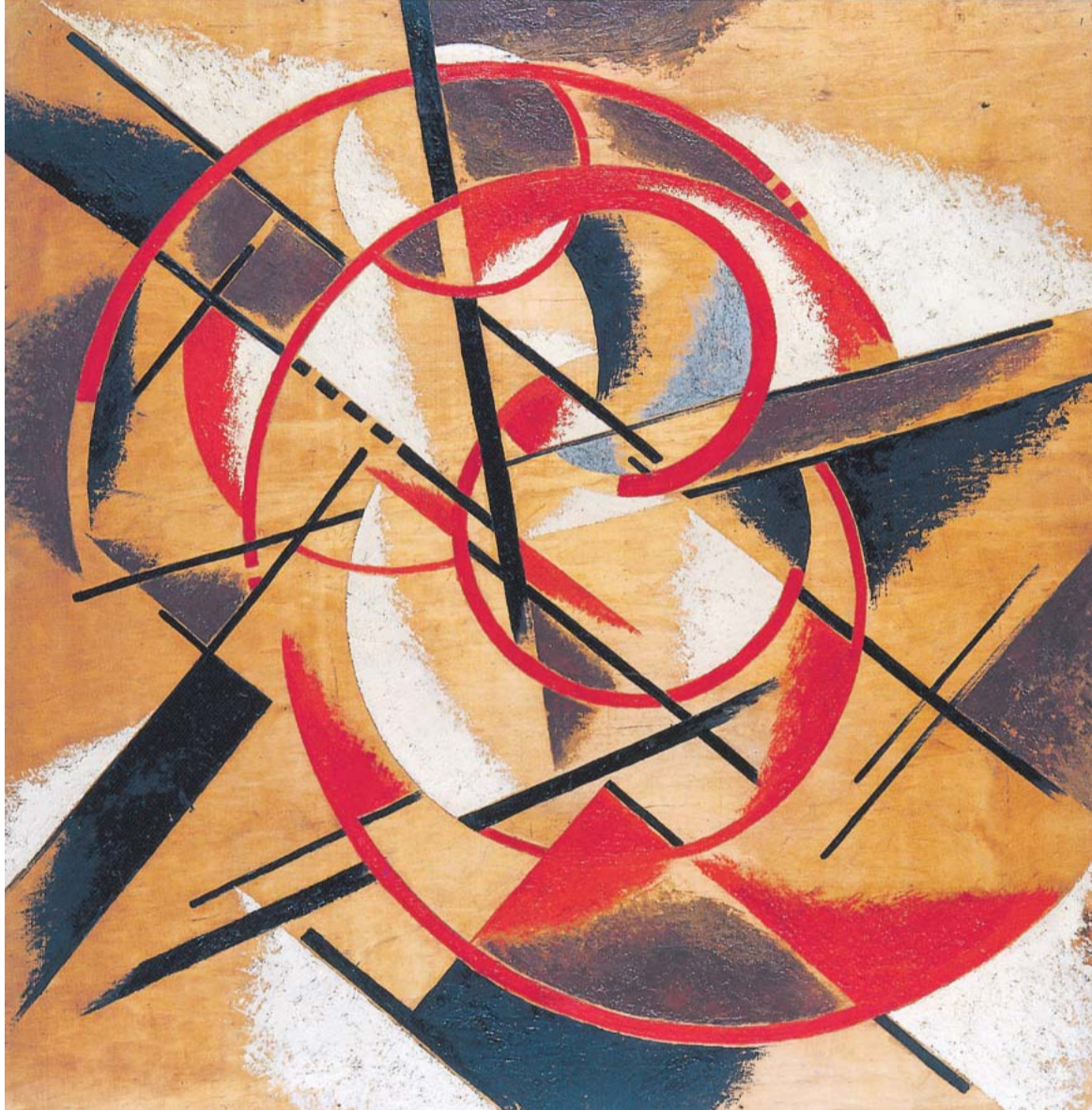
Der Verfasser leitet das Planungsreferat der Politischen Abteilung der Nato in Brüssel.

Ljubow Popowa, Raum-Kraft-Konstruktion, 1920–1921, Öl mit Marmorstaub auf Holz, 112,6 x 112,7 cm © State Museum of Contemporary Art – Costakis Collection, Thessaloniki

Am Rubikon der Kampfeinsätze

Wenn Deutschland seine Soldaten nach Afghanistan schickt, ist von Bedrohungen, Gefahren und den sicherheitspolitischen Interessen kaum die Rede. Das Bild vom bewaffneten Entwicklungshelfer entspricht aber nicht mehr der Wirklichkeit. Eine zeitgemäße Debatte findet im Land von Clausewitz nicht statt.

Von Michael Rühle



damit Schritt für Schritt von der vormoderne Vision der Taliban wegführt, wird genauso zum Ziel der Islamisten wie der, der sie militärisch bekämpft.

Der islamistische Dschihad-Terrorismus, der schon bald eine nukleare Dimension annehmen könnte, ist aber nicht die einzige Bedrohung, die militärische Antworten erfordern kann. In Europa mag sich der klassische zwischenstaatliche Konflikt erübrigt haben, nicht jedoch in anderen Teilen der Welt. Das amerikanische Debakel im Irak wiederum ändert nichts daran, dass die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägermitteln im Einzelfall auch eine militärische Intervention erfordern kann. Selbst die Militäreinsätze zugunsten einer notleidenden Bevölkerung sind alles andere als ungefährlich: Wer wirklich helfen will, muss auch in Kauf nehmen, eine Intervention gegen den Widerstand einzelner Konfliktparteien militärisch zu erzwingen. Und schließlich können auch neue Bedrohungen, wie etwa ein Angriff auf die elektronische Infrastruktur oder die Rohstoff- und Energieversorgung eines Landes, zu militärischen Konsequenzen führen. All diese Entwicklungen zeichnen sich längst ab und werden in Fachkreisen ausgiebig erörtert.

Die deutsche Politik reagiert auf diese Entwicklungen mit einer Mischung aus Zurückhaltung und Ratlosigkeit. Die hilflose Diskussion über verbindliche Kriterien für Auslandseinsätze ist nur ein Indiz dafür. Zwar ist die Rede von der „Zivil-

ses Ansatzes geworden. Die ihm zugrundeliegende Logik einer Verknüpfung von militärischer Sicherheit mit politischem und wirtschaftlichem Wiederaufbau ist unmittelbar einsichtig und wird von niemandem ernsthaft bestritten. Doch ebenso offenkundig ist die Alibifunktion dieses Ansatzes: Wer nichtmilitärische Faktoren so sehr betont, will die Bedeutung des Militärischen herunterspielen.

Diese Relativierung des Militärischen kommt der deutschen Politik gleich in mehrfacher Weise entgegen. Sie fügt sich ein in den Ideenhaushalt der Entwicklungspolitiker, die sich mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr nie angefreundet haben, sie jedoch notgedrungen als militärische Absicherung ihres Ansatzes des „social engineering“ akzeptieren müssen. Sie entspricht aber auch den Ansichten mancher traditionsbewusster Verteidigungspolitiker und Fachleute, die Auslandseinsätzen ebenfalls skeptisch gegenüberstehen, weil für sie die Zukunft der Bundeswehr vor allem im Heimatschutz und in der Bekämpfung des Terrorismus im Inneren liegt. Die „vernetzte Sicherheit“ macht es beiden Denkschulen recht: Für die einen unterstreicht der Begriff den Vorrang der nichtmilitärischen „Konfliktbearbeitung“; für die anderen dient der Ruf nach Vernetzung als Aufforderung zu einem umfassenden Gesamtkonzept – als Hürde, die es möglichst hoch zu legen gilt.

Reservieren Sie jetzt Ihren Anzeigenplatz!

Der **hochschulanzeiger** erreicht mehr als 240.000 Studierende, Hochschulabsolventen und Young Professionals: über Hand-zu-Hand-Verteilung direkt auf dem Campus in nahezu allen deutschen Uni-Städten sowie am Kiosk und im Abonnement. Mit diesem jungen Karrieremagazin aus dem Hause der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bieten wir Ihnen ein erstklassiges redaktionelles Umfeld für Ihre Recruiting-, Personalimage-, Unterrichts- oder Produktanzeige.

Achtung: neue Formate!

Eine Auswahl von Themen der Aprilausgabe:

Der Krise zum Trotz: Neue Trends, neue Jobs im Geldgewerbe
Sensoren, Satelliten, Simulationen: Die Logistikbranche im Wandel
Jura studiert und dann: Der Arbeitsmarkt für Rechtswissenschaftler
Mannheim-Ludwigshafen: Wie lebt sich's hier eigentlich?
 Weitere Themen unter: www.hochschulanzeiger.de/vorschau

Einfach anrufen

Vanessa Fiori, Telefon: (0 69) 75 91-13 22
 E-Mail: v.fiori@faz.de

Florian Mall, Telefon: (0 69) 75 91-25 57
 E-Mail: f.mall@faz.de

Anzeigenschluss:
 25. Februar 2008
Erscheinungstermin:
 31. März 2008

